

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Islamistische Bedrohung 4-5

Eine Frage der Verantwortung



Sozialhilfe

12-13

Explodierende Kosten



Selbstbestimmung 14-15

Interview mit Christoph Blocher







Am Pressegespräch ein Jahr vor den eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober 2015 erklären SVP-Präsident Toni Brunner mit den Wahlkampfleitern Albert Rösti und Claude-Alain Voiblet (rechts) die Themen und Zielsetzungen der Partei.

Die SVP zieht mit dem Slogan "Frei bleiben!" in die Wahlen 2015. So will die SVP erstens einen schleichenden EU-Beitritt verhindern, zweitens die Umsetzung einer griffigen Ausländerpolitik sicherstellen und drittens tiefe Steuern für alle erreichen.

Für eine sichere und freie Zukunft des Landes braucht es deshalb mehr SVP in Parlament und Bundesrat. Entsprechend wichtig sind die Parlamentswahlen 2015 einzustufen. Mit dem Slogan "Frei bleiben" bringt die SVP die Stärkung der Identität der Willensnation Schweiz klar zum Ausdruck. Die SVP will die mit Abstand stärkste Partei bleiben und die Wähleranteile ausbauen, die Anzahl National- und Ständeratssitze erhöhen, flächendeckende Listenverbindungen mit der FDP zur Stärkung des Mitte-Rechts-Blocks eingehen und die Konkordanz mit einem zweiten Bundesratssitz wiederherstellen. Dafür wird die SVP viel Überzeugungsarbeit leisten müssen. Sie hat sich auf die Fahne geschrieben, "bi dä Lüt" und ansprechbar zu sein, sei es an Messen, auf öffentlichen Plätzen in den Städten und Agglomerationsgemeinden und Bahnhöfen.

www.svp.ch - klartext@svp.ch - Oktober 2014 AZB 3001 Bern - Preis Fr. 35.- jährlich - erscheint monatlich - 55 000 Expl.

Die SVP in den Schweizer Medien im Oktober 2014







Asylsuchende. Die SP stellt sich quer.

Werte bewahren – frei bleiben



Die Schweiz hat es dank ihren über Jahrhunderte gepflegten Tugenden sowie ihren Werten wie Unabhängigkeit, Freiheit, direkte Demokratie, Föderalismus und Neutralität zu grossem Wohlstand gebracht. Die Schweiz ist damit zu einem der wettbewerbsfähigsten Standorte der Welt geworden. Und dies, nachdem die vereinte Polit-, Wissenschafts- und Wirtschaftselite nach dem EWR-Nein schon einmal den wirtschaftlichen Niedergang vorausgesagt hat.

Heute, über 20 Jahre später, stehen wir in einer sehr ähnlichen Situation. Die Schweiz ist drauf und dran, die bewährten Werte, die uns positiv von anderen Ländern unterscheiden und für die wir respektiert oder gar bewundert werden, gezielt zu demontieren. Deshalb sind die Wahlen 2015 entscheidend. Für die SVP stehen drei Themen im Zentrum:

- 1) Selbstbestimmung: Kein schleichender EU Beitritt. Der Bundesrat hat seine Verhandlungen über die institutionelle Anbindung an die EU sofort abzubrechen, ansonsten wir dieses Vorhaben mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen werden. Ergänzend dazu müssen wir sicherstellen, dass künftig Schweizer Recht wieder Vorrang vor fremdem Recht hat. Die SVP muss die direkte Demokratie stärken und sicherstellen, dass angenommene Volksabstimmungen wieder umgesetzt werden.
- 2) Umsetzung einer griffigen Ausländerpolitik: Sowohl die Ausschaffungsinitiative wie auch die Masseneinwanderungsinitiative müssen durchgesetzt werden. Gleichzeitig müssen wir das ausufernde Asylwesen noch konsequenter angehen und die vielen Missbräuche offenlegen und bekämpfen.
- 3) Stopp der kontinuierlichen Erhöhung von Steuern, Abgaben und Gebühren: Da in der Politik die Bereitschaft fehlt, die Ausgabenexplosion in den Griff zu bekommen, werden Steuern, Abgaben und Gebühren erhöht. Die Pläne des Bundes lassen den Mehrwertsteuersatz schon bald auf 10,5% explodieren. Die Zeche zahlt insbesondere der Mittelstand.

Es braucht die SVP mehr denn je: Damit wir alle "frei bleiben"!

Bynne

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz

Bilanz der Herbstsession

Die Herbstsession 2014 fand vom 8. bis 26. September 2014 statt.

Positiv:



Ja zur zweiten Gotthard-Röhre

Das Parlament sagt Ja zum Bau einer zweiten Röhre am Gotthard. Damit kann verhindert werden, dass das Tessin bei der Sanierung des bestehenden Strassentunnels über Jahre vom Rest der Schweiz abgeschnitten wird. Die zweite Röhre führt zudem zu einem Quantensprung im Bereich der Sicherheit, da mit der je einspurigen Führung kein Gegenverkehr mehr herrscht - zudem wird damit der Alpenschutz gewahrt, da keine Kapazitätserhöhung entsteht.

Nein zur Energiesteuer-Initiative

Der Nationalrat hat als Zweitrat die Energiesteuer-Initiative der Grünliberalen zur Ablehnung empfohlen. Auch einen direkten Gegenvorschlag wollen beide Räte nicht. Die Volksinitiative "Energie- statt Mehrwertsteuer" will die Mehrwertsteuer abschaffen. Diese soll durch eine Steuer auf nicht erneuerbaren Energieträgern wie Erdöl, Gas, Kohle oder Uran ersetzt werden. Die Vorlage, die auch der Bundesrat ablehnt, kommt anfangs 2015 zur Abstimmung.

Erbschaftssteuerabkommen mit Frankreich vom Tisch

Der Ständerat ist dem Nationalrat gefolgt und hat das schlecht verhandelte neue Erbschaftssteuerabkommen mit Frankreich abgelehnt. Zunächst hatte die kleine Kammer vom Bundesrat Neuverhandlungen verlangt.

Kartellgesetz-Revision versenkt

Ebenfalls im Sinne der SVP ist der Nationalrat zum zweiten Mal nicht auf die Revision des Kartellgesetztes eingetreten. Die Vorlage, deren überbordende Regulierung in der Praxis nicht umsetzbar gewesen wäre, ist damit endgültig vom Tisch.

Negativ:



Nationalrat stellt internationales Recht über die Verfassung

Der Nationalrat will die Bundesverfassung nicht über das Völkerrecht stellen. Er lehnte gegen den Willen der SVP eine Initiative von Heinz Brand (SVP/GR) ab, die verlangte, dass die Verfassung oberste Rechtsquelle ist und über dem Völkerrecht steht. Diese Forderung ist auch Gegenstand einer Volksinitiative, welche die SVP zurzeit vorbereitet. Ebenfalls abgelehnt hat der Nationalrat eine Initiative von Gregor Rutz (SVP/ZH), die wollte, dass Schweizer Recht nur dann an internationales Recht angepasst werden darf, wenn die Verfassung, ein Bundesgesetz oder ein referendumspflichtiger Staatsvertrag dies vorsehen.

Neue Mediensteuer

Die eidgenössischen Räte haben das Radio- und Fernsehgesetz verabschiedet. Damit müssen künftig alle Haushalte Empfangsgebühren bezahlen - unabhängig davon, ob sie Empfangsgeräte besitzen. Auch Unternehmen ab einem Jahresumsatz von 500'000 CHF werden zur Kasse gebeten. Während fünf Jahren nach dem Systemwechsel soll es jedoch Ausnahmen geben. Der Gewerbeverband hat das Referendum bereits lanciert.

Globalbudgets für Bundesverwaltung

Entgegen dem Willen der SVP erhält die Bundesverwaltung ein neues Führungsmodell. Der Nationalrat hat die Differenzen zum Ständerat ausgeräumt. Die Einführung ist für 2017 geplant, neu sollen sämtliche Verwaltungseinheiten mit Globalbudgets arbeiten. Die Einflussnahme und Kontrolle durch das Parlament nehmen damit ab. Die Verwaltung wird zulasten des Parlaments zusätzlich gestärkt.

Eine Frage der Verantwortung

Im Nahen Osten spielen sich menschenverachtende Szenen ab: Der "Islamische Staat" IS vertreibt, foltert und tötet. Dschihadistische Bewegungen bedrohen auch die Sicherheit der Schweiz. Entsprechend gilt es, Verantwortung zu übernehmen – für unser Land und unsere Werte.

von Bundesrat Ueli Maurer, Chef des VBS, Wernetshausen (ZH)

ie Gruppierung "Islamischer Staat" IS steht für terroristische Gewalt und massive Verletzungen der Menschenrechte in Syrien und im Irak. Die Drohungen des IS gehen aber weit über die heutigen Kampfgebiete hinaus. Der

"Heilige Krieg" soll nach Europa getragen werden. Obwohl als Ziel nicht erstrangig, bedroht der IS auch die Sicherheit der Schweiz.

Insbesondere die von Terrororganisationen ausgebildeten Rückkehrer stellen eine latente Gefahr dar.

Vor diesem Hintergrund hat der Bundesrat per 9. Oktober den IS und ihm verwandte Organisationen vorerst mit einer Verordnung verboten. Das Verbot umfasst sämtliche Aktivitäten der Organisationen im In- und Ausland. Darunter fallen

«Für die Abwehr der Terrorismusbedrohung ist über das IS-Verbot hinaus ein leistungsfähiger Nachrichtendienst unverzichtbar. Dessen primäre Aufgabe ist es, Bedrohungen früh zu erkennen und Gefährdungen zu verhindern.»

alle Aktionen, die deren materieller oder personeller Unterstützung dienen wie beispielsweise Propa-

gandaaktionen oder das Anwerben neuer Mitglieder.

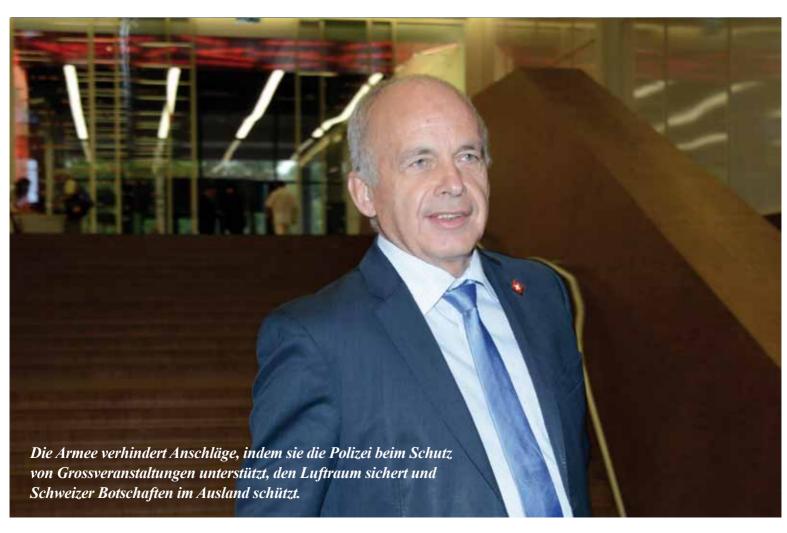
Gleich lange Spiesse für den Nachrichtendienst

Für die Abwehr der Terrorismusbedrohung ist über das IS-Verbot hinaus

ein leistungsfähiger Nachrichtendienst unverzichtbar. Dessen primäre Aufgabe ist es, Bedrohungen früh zu erkennen und Gefähr-

UELI MAURER

dungen zu verhindern. Heute steht der Nachrichtendienst des Bundes allerdings vor hohen Hürden. Es ist ihm in



der Schweiz nicht erlaubt, die Post und Telefongespräche potenzieller Terroristen zu überwachen. Auch darf er weder in deren private Räume noch in Computer eindringen. Für die Sicherheit der Schweiz ist dies im entscheidenden Fall ein Nachteil – mit unter Umständen fatalen Folgen.

Mit dem neuen Nachrichtendienstgesetz soll der Nachrichtendienst bessere Möglichkeiten zum Schutz der Schweiz erhalten. Gerade wenn sich Terroristen geschickt des Internets und der Sozialen Medien bedienen. muss der Staatsschutz mit der technologischen Entwicklung Schritt halten. Das Gesetz sieht neue Mittel zur Informationsbeschaffung allerdings nur dann vor, wenn sie zuvor von drei Instanzen – darunter dem Sicherheitsausschuss des Bundesrats - bewilligt worden sind. Insgesamt wird dies rund ein Dutzend Mal pro Jahr vorkommen. Die Massnahmen des Nachrichtendienstes sollen also nur in denjenigen Fällen erweitert werden, bei denen sie zum Schutz



Seit 2001 hat der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) 55 Reisen mutmasslicher Jihad-Kämpfer ins Ausland registriert. Insbesondere die von Terrororganisationen ausgebildeten Rückkehrer stellen eine latente Gefahr dar.

Schweizer Botschaften im Ausland schützt. Bei erhöhter Terrorgefahr bewachen und sichern Soldaten kritische Infrastrukturen wie Bahnhöfe.

«Mehr militärische Schlagkraft ist nötig. Die Bedrohungsformen werden immer komplexer und die Sicherheit der Schweiz bedrohende Akteure zunehmend aggressiver. Sicherheit ist für die Schweiz, wie für jedes andere Land, ein hohes Gut – und entsprechend nicht gratis.»

UELI MAURER

von Land und Leuten absolut unverzichtbar sind. Keinesfalls darf die Schweiz die Übertreibung der anderen Staaten mitmachen. Nie darf die Freiheit unbescholtener Bürger geopfert werden.

Mehr militärische Schlagkraft

Auch die Armee hat bei der Terrorabwehr in erster Linie eine präventive Aufgabe. Sie verhindert Anschläge, indem sie die Polizei beim Schutz von Grossveranstaltungen unterstützt, den Luftraum sichert und

Verkehrsachsen und Verteilzentren. Nach einem erfolgten Anschlag würde die Armee bewachen und sichern sowie Menschen helfen und Menschenleben retten.

Genau für solche Fälle werden mit der seit Längerem geplanten Weiterentwicklung der Armee WEA die Voraussetzungen geschaffen. Die WEA richtet die Armee auf die modernen Bedrohungen und Gefahren aus: Sie verbessert die Ausbildung, erhöht die Bereitschaft, vervollständigt die Ausrüstung und stärkt die regionale Abstützung. Die Schweizer Armee wird trotz der Verkleinerung schlagkräftiger. Sie ist auch in Zukunft in der Lage die Schweiz bei einem militärischen Angriff zu verteidigen.

Realitätssinn statt Ideologie

Mehr militärische Schlagkraft ist nötig. Die Bedrohungsformen werden immer komplexer und die Sicherheit der Schweiz bedrohende Akteure zunehmend aggressiver. Sicherheit ist für die Schweiz, wie für jedes andere Land, ein hohes Gut – und entsprechend nicht gratis. Nebst Geld verlangt die Schaffung von Sicherheit gesunden Menschenverstand. Alte, realitätsferne Ideologien sind fehl am Platz.

Schlussendlich gilt es, sich gemeinsam der terroristischen Bedrohung zu stellen. Und es gilt, Verantwortung zu übernehmen. Verantwortung für die Sicherheit der Schweiz – und darüber hinaus für Werte wie Friede, Freiheit und Menschenwürde.

DER AURIS HYBRID JETZT ALS TREND-MODELL



ALWAYS A
BETTER WAY



FÜR SIE BEREIT!

DIE TREND-SONDERMODELLE MIT VOLLAUSSTATTUNG, SPITZENQUALITÄT UND UNSCHLAGBAREM SERVICE



Varis Trend
Der kleinste Vollhybrid
Ab CHF 22'500.-



Verso-S Trend
Der Minivan mit 5 Plätzen
Ab CHF 23'400.-



Auris Touring Sports Trend
Der geräumigste Hybrid-Kombi



Verso Trend
Der Familienvan mit 5 und 7 Plätzen
Ab CHF 30'900.-

toyota.ch

*Empf. Netto-Verkaufspreis inkl. MwSt. **Auris** Trend 1,6,97 kW (132 PS), 6-Gang-Getriebe manuell, CHF 29'900.-, Ø Verbrauch 5,91/100 km, Ø C0₂-Emission 138 g/km, Energieeffizienz-Kat. E. Abgebildetes Modell: **Auris** Trend 1,8 HSD, 100 kW (136 PS), CHF 33'500.-, Ø Verbrauch 3,61/100 km, Ø C0₂-Emission 84 g/km, Energieeffizienz-Kategorie A. **Yaris** Trend 1,33, 73 kW (99 PS), Getriebe manuell, CHF 22'500.-, Ø Verbrauch 5,11/100 km, Ø C0₂-Emission 119 g/km, Energieeffizienz-Kat. C. Abgebildetes Modell: **Yaris** Trend 1,5 HSD, 74 kW (100 PS), CHF 25'900.-, Ø Verbrauch 3,61/100 km, Ø C0₂-Emission 82 g/km, Energieeffizienz-Kat. A. **Verso-S** Trend 1,33, 73 kW (99 PS), Getriebe manuell, CHF 23'400.-, Ø Verbrauch 5,51/100 km, Ø C0₂-Emission 127 g/km, Energieeffizienz-Kat. D. **Auris Touring Sports** Trend 1,6,97 kW (132 PS), Getriebe manuell, CHF 30'900.-, Ø Verbrauch 3,71/100 km, Ø C0₂-Emission 140 g/km, Energieeffizienz-Kat. E. Abgebildetes Modell: **Auris Touring Sports** Trend 1,8,108 kW (147 PS), Getriebe manuell, CHF 30'900.-, Ø Verbrauch 6,8 l/100 km, Ø C0₂-Emission 158 g/km, Energieeffizienz-Kat. E. Ø C0₂-Emission aller in der Schweiz immatrikulierten Fahrzeugmodelle: 148 g/km. Toyota Gratis-Service beinhaltet kostenlose Servicearbeiten bis 6 Jahre oder 60'000 km (es gilt das zuerst Erreichte). Abbildungen zeigen aufpreispflichtige Optionen.

Die Initiative ist ein Angriff auf die Berggebiete

Nach der 1:12- und der Mindestlohn-Initiative lanciert die Linke mit ihrer Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung einen weiteren Angriff auf Wohlstand und Beschäftigung. Voll im Visier sind damit insbesondere die Berggebiete und die ländlichen Regionen. Tausende Arbeitsplätze und wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven stehen auf dem Spiel.

auschal besteuerte Personen sichern schweizweit mit ihren Investitionen und ihrem Konsum rund 22'000 Arbeitsplätze. Und sie bezahlen jährlich über eine Milliarde Franken an Steuern. Doch das sind nicht die einzigen Argumente, die klar für ein Festhalten an der Pauschalbesteuerung

sprechen. Nebst ihrem wichtigen Beitrag an Steuern und Beschäftigung finanzieren sie auch zahlreiche gemeinnützige Projekte.

Kulturelle und sportliche Anlässe nicht gefährden

Wir müssen uns bewusst sein, dass viele Spenden- und Sponsorengelder von wohlhabenden Personen kommen, die pauschal besteuert werden. Das gilt für kulturelle Veranstaltungen genau gleich wie für sportliche Anlässe. Bei uns im Kanton Bern haben

pauschal besteuerte Personen mehrere hundert Millionen Franken in die Bergbahnen und in die Hotellerie investiert. Glacier 3000 gäbe es heute ohne solche Personen nicht oder nicht mehr. Analoges gilt in Gstaad für das Tennisturnier und das Beachvolleyball-Turnier oder für das Menuhin-Festival. Die Liste liesse sich mit Beispielen aus anderen Orten und aus anderen Kantonen beliebig ergänzen.

Stadt-Land-Graben verhindern

Es ist unsinnig, nach der Zweitwoh-

nungs-Initiative schon wieder eine Auseinandersetzung Stadt-Land anzuzetteln. Wenn ein Wirtschaftskanton wie Zürich die Pauschalbesteuerung nicht mehr will, dann ist das seine freie Entscheidung bezogen auf die spezifischen Verhältnisse des Standorts. Vier Jahre nach der Abschaffung dieser Be-



Die Pauschalbesteuerungs-Initiative ist Gift für den Wohlstand der Schweiz. Sie setzt 1 Milliarde Franken Steuereinnahmen, 22'000 Arbeitsplätze sowie zahlreiche gemeinnützige Projekte aufs Spiel. Diese Schwächung der Schweiz gilt es am 30. November zu verhindern.

steuerungsform zeigen jedoch auch die Steuereinnahmen im Kanton Zürich die negativen Folgen des Abschaffungsentscheides. Die Zürcher haben glücklicherweise eine starke steuerliche Basis mit vielen intakten Unternehmen und Industrien. Wir in den ländlichen Tourismusregionen haben eine schöne Bergkulisse, wir haben Tourismus, aber wir brauchen auch die Pauschalbesteuerten als Wirtschaftsfaktor. Nicht zuletzt, um nicht noch stärker finanziell von anderen Regionen abhängig zu sein.

Ländliche Regionen nicht weiter schwächen

Geben Sie dem ländlichen Raum in den Alpen die Möglichkeit, sein Wirtschaftspotenzial selber auszuschöpfen! Ich appelliere aber auch an sozialdemokratische und gewerkschaftliche Kreise, die nicht fundamentalistisch

sind, sondern an die Arbeitsplätze denken: Geben Sie beispielsweise einer Raumpflegerin, welche die Wohnungen von alten und reichen Leuten reinigt, oder geben Sie der Spitex-Angestellten, welche diese Leute regelmässig pflegt und betreut. die Chance, dort, wo sie aufgewachsen sind, dort, wo sie leben, dort, wo sie einen Verdienst suchen, zu arbeiten! Helfen Sie mit, dass wir unsere Trümpfe, die wir in

den Alpentälern noch haben, behalten können!

Stimmen Sie deswegen am 30. November 2014 "Nein" zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung!



von Nationalrat und Unternehmer Hansruedi Wandfluh, Frutigen (BE)

SVP-Wachhund – Porträt

Nachdem Geissbock Zottel, zwar noch quickfidel, aber doch etwas in die Jahre gekommen ist, gönnen wir ihm den Ruhestand. An seiner Stelle wird der virtuelle Berner Sennenhund Willy als Wachhund das politische Geschehen wohlwollend, aber wenn nötig auch knurrend oder gar laut bellend kommentieren. Willy als Abkürzung von Wilhelm ist

der Inbegriff für unseren Wahlslogan "frei bleiben", wie es Wilhelm Tell vorgelebt hat, als er den Gessler-Hut nicht arüsste.

Der Berner Sennenhund Willy (Abkürzung für Wilhelm), der wie jeder Hund freiheitsliebend ist und für Entschlossenheit (Wille) und Sicherheit (Helm) steht, wird das politische Geschehen und Verhalten insbesondere auch der Classe politique für die SVP kommentieren.





«Diese Initiative ist Gift für den Wohlstand der Schweiz. Sie setzt 1 Milliarde Franken Steuereinnahmen, 22'000 Arbeitsplätze sowie zahlreiche gemeinnützige Projekte aufs Spiel. Diese Schwächung der Schweiz müssen wir verhindern.»



Jean-François Rime Nationalrat SVP und Präsident Schweizerischer Gewerbeverband sgv, Bulle (FR)

30. November 2014 www.hoehere-steuern-nein.ch

SVP bi de Lüt

Wahlen sind nicht Selbstzweck. Wir wollen die Leute, dank denen wir Abstimmungen wie die Ausschaffungsinitiative oder die Masseneinwanderungsinitiative gewonnen haben, davon überzeugen, dass sie uns zur Sicherstellung der Umsetzung von Volksentscheiden, die in Bundesrat und Parlament erfolgt, auch an die Wahlurne gehen.

Am Pressegespräch auf dem Waisenhausplatz in Bern erklärt die Parteispitze ein Jahr vor den Wahlen 2015 die Themen und Zielsetzungen der SVP. Die Partei zieht mit dem Slogan "Frei bleiben" in die Wahlen.

Damit die Mobilisierung der Wählerinnen und Wähler gelingt, setzt die SVP den Schwerpunkt der Massnahmen nach dem Motto "SVP bi de Lüt" auf Strassenwahlkampf und öffentliche Aktionen.

Wir wollen die Leute auf der Strasse im direkten Gespräch von unseren Ideen überzeugen. Mit dem Piaggio-Wahlmobil schaffen wir eine gemütliche Atmosphäre, um bei Speis und Trank über die politischen Herausforderungen unsers Landes zu diskutieren und die Leute zu bewegen, an die Urne zu gehen.

Der eigentliche Wahlkampf findet in den Kantonen statt. Die SVP Schweiz geht aber voraus und wird ihre Delegiertenversammlungen und Fraktionssitzungen verbinden mit öffentlichen Anlässen, an denen die Bevölkerung in direkten Kontakt mit den amtierenden Mandatsträger treten kann, um ihre Anliegen zu äussern.

Für die gesamte Bevölkerung der Schweiz zum Erhalt von Wohlstand und Freiheit wollen wir die Wahlen gewinnen. Das ist kein Spaziergang. Eine grosse Arbeit all unserer Mitglieder und Sympathisanten steht vor uns.

Für die SVP stehen drei Themen im Zentrum:

- 1. Kein schleichender EU-Beitritt
- 2. Umsetzung einer griffigen Ausländerpolitik
- 3. Tiefe Steuern für alle.

Zielsetzung für die Wahlen 2015

- a) bei den Parlamentswahlen 2015 die mit Abstand stärkste Partei bleiben und den Wähleranteil ausbauen.
- b) die Anzahl National- und Ständeräte erhöhen,
- c) flächendeckend Listenverbindungen mit der FDP zur Maximierung der Wählerkraft und Stärkung des Mitte-Rechts Blocks eingehen,
- d) die Konkordanz wieder herstellen und einen zweiten Bundesratssitz erringen.



SVP bi de Lüt: hier anlässlich des Pressegespräches 1 Jahr vor den Wahlen auf dem Waisenhausplatz in Bern. Die SVP hat die Sorgen und Nöte der Leute im direkten Gespräch aufzunehmen und die Zielsetzungen der SVP zu erklären.



«Zürich hat die Pauschalbesteuerung abgeschafft und Steuereinnahmen verloren. Wird diese national verboten, drohen vor allem den Bergkantonen massive Steuerausfälle von bis zu einer Milliarde Franken. Die Zeche dafür bezahlen die Steuerzahler der Geberkantone des Nationalen Finanzausgleichs. Deshalb am 30. November: Nein zur Pauschalbesteuerungs-Initiative.»



Natalie Rickli
Nationalrätin SVP, Winterthur (ZH)

30. November 2014

www.hoehere-steuern-nein.ch



Ohne klare und verständliche Botschaft kein Wahl- oder Abstimmungserfolg. Denn die Botschaft überbringt die Kernaussage Ihres Anliegens. Wir verleihen Ihrer Botschaft Flügel, damit Sie schnell Ihr Ziel erreichen.

Botschaft

abgel. v. «Bote»; <lat.> nuntius (Bote, Botschaft)

Wir freuen uns auf Sie! Alexander Segert, Geschäftsführer 8600 Dübendorf/ZH, Tel. 043 499 24 00 info@goal.ch, www.goal.ch



ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN
AAREPTAN
Obermattenweg 5, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
aareptan@gmail.com

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 55'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Kevin Crausaz | Bildquellen: SVP Schweiz, Parlament.ch, Stefan Marthaler, Rainer Benz.



Dienstleistung vom Feinsten...

Interessantes Preis-Leistungsverhältnis
Schnellste Auftragsabwicklung

Im Bild: Sitzlift und Vertikallift

Mobilität und Selbständigkeit für zuhause



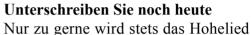
Lebensqualität ist kein Luxus! Strack AG, Ebnatstrasse 125, 8200 Schaffhausen - Tel 0800 600 500 - www.strack.ch - info@strack.ch

Unterstützen Sie das Referendum gegen die neue Billag-Mediensteuer

Tational- und Ständerat haben mit der Revision des Radio- und Fernsehgesetzes die Einführung einer neuen Billag-Mediensteuer für alle beschlossen. Die Vorlage führt für alle Unternehmen ab einem Umsatz von 500'000 Franken eine generelle Mediensteuer ein. Abgestuft nach Umsatz sollen Firmen che Personen. Es ist daher weder sachgerecht noch nachvollziehbar, wieso Unternehmen überhaupt eine Mediensteuer leisten sollen. Sie zahlen bereits heute unzählige Steuern und Abgaben. Eine generelle Billag-Mediensteuerpflicht führt zu einer Doppelbelastung: Der Inhaber, die Geschäftsführerin oder die Mitarbeitenden sind verpflichtet, so-

und KMU!

gen sieht sich der sgy gezwungen, diese höchst ungerechte neue Billag-Mediensteuer zu bekämpfen. Der sgv hat darum das Referendum dagegen ergriffen.



auf die KMU als Rückgrat der Schweizer Volkswirtschaft angestimmt. Fast im Dauerchor wird landauf, landab dazu aufgerufen, zu unseren KMU Sorge zu tragen, die Wirtschaft zu entlasten und den Werkplatz Schweiz fit zu halten. Gleichzeitig beschliesst die Politik stets neue Gebühren und Abgaben.

Damit muss endlich Schluss sein! Helfen Sie uns deshalb, die für das Referendum gegen die neue Billag-Mediensteuer nötigen Unterschriften zu sammeln. Unterschreiben Sie bitte ietzt!

Ein Unterschriftenbogen ist dieser Ausgabe des SVP-Klartext beigelegt.



jährlich bis zu 39'000 Franken für den wohl für den privaten Haushalt als auch Empfang von Radio und Fernsehen für die Firma zu zahlen. Radiohören im zahlen – egal, ob im Betrieb überhaupt Zug oder im Auto sei durch die Abgabe Radio gehört oder TV geschaut wird. im Privathaushalt abgedeckt, nicht aber Die Wirtschaft wird jährlich mit 200 das Radiohören in der Firma. Millionen Franken belastet. Die alleinige Kompetenz zur Festlegung und Es gehört zu den primären Zielsetzun-Anpassung – sprich: Erhöhung – der

gen des Schweizerischen Gewerbeverbandes sgv, die Regulierungskosten durch Abbau von Regeln und Vorschriften zu senken. In seiner Strategie 2014 – 2018 sagt der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft neuen Steuern für Unternehmen den Kampf an. Unter den genannten Voraussetzun-



von Nationalrätin Sylvia Flückiger, Vorstandsmitglied sgv, Schöftland (AG)

Belegschaft Medienkonsumenten sind stets natürli-

neuen Billag-Mediensteuer liegt beim

Bundesrat und ist somit der Kontrolle

Doppelbelastung für Firmen und

durch das Parlament entzogen.

Weitere Unterschriftenbögen können Sie beim Schweizerischen Gewerbeverband sgv anfordern (Tel. 031 380 14 14, info@mediensteuer-nein.ch). www.mediensteuer-nein.ch

Referendum jetzt unterschreiben

Ein Unterschriftenbogen ist dieser Ausgabe beigelegt.

Zurück zur Vernunft bei der Sozialhilfe

Die Sozialhilfe war als Überbrückungshilfe in Notlagen gedacht. Schleichend ist daraus etwas anderes geworden: ein dauerhaftes Ersatzeinkommen ohne Arbeitsleistung. Explodierende Kosten sind die Folge davon. Die Leidtragenden sind dabei die Steuerzahler und die wirklich Bedürftigen.

von Nationalrat und Stadtpräsident Thomas Müller, Rorschach (SG)

ie Sozialhilfe hat beispielsweise dort ihre Berechtigung, wo jemand wenige Jahre vor der Pensionierung die bisherige Stelle verliert, trotz festem Willen keine neue Arbeit findet und die Leistungen der Arbeitslosenversicherung ausgeschöpft sind. Oder wenn eine alleinerziehende Mutter vorläufig nicht arbeiten kann.

Die Sozialhilfe hat heute aber auch eine andere Seite. Das System lässt sich leicht ausnützen von jenen, die gar nicht arbeiten wollen. Und eine ganze Sozialindustrie verdient gut daran

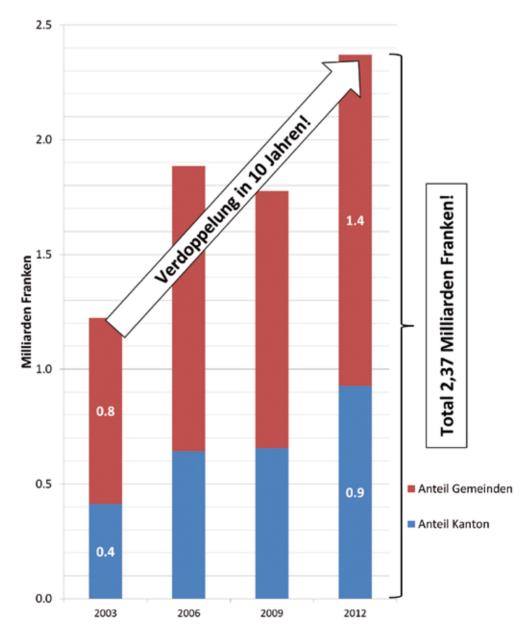
Fehlanreize der SKOS-Richtlinien

Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) erliess Richtlinien für eine landesweit einheitliche Praxis der Sozialhilfe. Das kann grundsätzlich zweckmässig sein. Nur ist daraus etwas anderes geworden. Die SKOS-Richtlinien haben eine Anspruchshaltung geschaffen. Sie orientieren sich an den untersten 10 Prozent der schweizerischen Einkommensstatistik. Auch wer nicht arbeiten will. soll monatlich ein "Grundeinkommen" zur Verfügung haben.

Damit schaffen die SKOS-Richtlinien Fehlanreize. Arbeit lohnt sich nicht, wenn jemand vom Sozialamt gleichviel bekommen kann - und das dauerhaft und steuerfrei. Wenn eine fünfköpfige Familie monatlich 5000 Franken für Lebensunterhalt, Wohnung, medizinische Grundverdas einem Erwerbseinkommen von 6000 Franken brutto abzüglich Steuern und Sozialversicherungsbeiträ-

sorgung und Extras erhält, entspricht gen. Das ist unfair gegenüber jenen, die täglich zur Arbeit gehen und mit persönlicher Anstrengung für sich selbst sorgen.

Explosion der Sozialhilfeausgaben - Verdoppelung in 10 Jahren!



Quelle: Finanzstatistik der bedarfsabhängigen Sozialleistungen, Bundesamt für Statistik



Der Begriff "Klient"

Das heutige System der SKOS-Richtlinien ist auf gesellschaftliche Gleichmacherei ausgerichtet, ähnlich wie die Initiativen zum Maximallohn (1:12), zum Minimallohn und zum bedingungslosen Grundeinkommen. Wie die Politiker tragen auch die Fachhochschulen für Sozialarbeit ihren Teil der Verantwortung. Die Abartigkeit der heutigen Situation kommt im Begriff "Klient" für Sozialhilfebezüger zum Ausdruck. Klient ist ein Kunde, den man behalten und deshalb möglichst gut bedienen will.

Sozialindustrie

Von den "Klienten" lebt eine ganze Branche. In der Sozialarbeit werden Betreuung und Beratung gross geschrieben. Die Fachhochschulen geben den Takt vor, Kantone und Gemeinden übernehmen deren "wissenschaftlichen" Vorgaben oft unkritisch. Kein Land leistet Sozialhilfe so umfassend und grosszügig wie die Schweiz. Dass "Klienten" gemäss statistischen Erhebungen immer länger im Netz der Sozialhilfe bleiben,

lässt sich nicht mit der Wirtschaftslage begründen. In den letzten Jahren ist eine lukrative Sozialindustrie entstanden. Wo Betreuungsmandate an private Anbieter vergeben werden, ist deren Geschäftsinteresse nicht auf den schnellen Abschluss gerichtet. Alain Pichard, Mitglied des

«Kein Land leistet Sozialhilfe so umfassend und grosszügig wie die Schweiz.»

THOMAS MÜLLER

Bieler Stadtparlaments, brachte es am Rande der "Arena" am 19. September 2014 auf den Punkt: "Wer Betreuung sät, wird Fälle ernten".

Was ist zu tun?

Die öffentliche Debatte über die Sozialhilfe ist in Fahrt gekommen, aber sie steht erst am Anfang. Niemand will die Sozialhilfe abschaffen. Aber sie ist wieder konsequent als Überbrückungshilfe in wirklichen Notlagen auszugestalten. Über Einzelheiten

kann man diskutieren. Die Stossrichtung muss jedoch die Rückkehr zu vernunftorientiertem Handeln sein, das heisst:

- die Sozialhilfe ist nach den konkreten Umständen des Einzelfalls zu bemessen und nicht länger nach dem Anspruchskatalog der SKOS-Richtlinien;
- die Sozialhilfe ist so zu bemessen, dass sich Arbeit in jedem Fall lohnt;
- die Aufenthaltsbewilligung für Zuwanderer ist strikt mit der Auflage zu verbinden, dass nicht regelmässig Sozialhilfe bezogen wird, damit Zuwanderung in den schweizerischen Sozialstaat und deren Verbleib darin nicht länger möglich sind;
- die Vergabe von Betreuungsmandaten an private Anbieter ist konsequent klein zu halten, damit die heute schon lukrative Sozialindustrie nicht weiter boomt und neue Branchenvorgaben zu (teuren) allgemeinverbindlichen Standards ausarten.

"Wir wollen, dass das Volk entscheidet"

Klartext: Was möchten Sie mit einer Volksinitiative zur Umsetzung von Volksentscheiden erreichen?

Christoph Blocher: Eine Klärung des Verhältnisses zwischen Bundesverfassung und Völkerrecht herbeiführen. Von 1848 bis weit in die 1990er-Jahre gab es kaum Zweifel, dass die Bunwusst darauf verzichtet worden, die Streitfragen betreffend das Verhältnis von Völkerrecht und Landesrecht im Rahmen der Nachführung zu klären". Artikel 5 Absatz 4 der Bundesverfassung spricht lediglich davon, dass das Völkerrecht zu "beachten" sei. Auf der andern Seite gibt es das oben erwähnte

«Es ist nicht die SVP, welche die Rechtsordnung in der Schweiz umstürzen will. Im Gegenteil: Sie will die heimliche Umkehr, den leisen Umsturz der Rangordnung zwischen Verfassung und Völkerrecht rückgängig machen.»

CHRISTOPH BLOCHER

desverfassung den Staatsverträgen bzw. dem Völkerrecht vorgehe. Dieser Konsens wird heute von Politikern, Professoren und Richtern in Frage gestellt. Vor zwei Jahren befand das Bundesgericht in einem Urteil, dass das Völkerrecht dem Landesrecht generell vorgehe. Die Einführung dieses Grundsatzes ist ungeheuerlich. Wir wollen, dass das Volk die Gelegenheit erhält, diese Frage zu entscheiden.

Angesehene Juristen sagen, der Vorrang des Landesrechts sei bereits in unserer Verfassung festgehalten. Warum braucht es noch eine Initiative?

Die Juristen sagen Widersprüchliches. In die Ende der neunziger Jahre totalrevidierte Bundesverfassung wurde die vom Rechtsprofessor Walter Kälin vorgeschlagene Formulierung "Völkerrecht bricht Landesrecht" bewusst nicht aufgenommen. Es sei, stand in der Botschaft des Bundesrats, "be-

Bundesgerichtsurteil und eine entsprechende Praxis der Rechtsauslegung, wie die Nichtbefolgung der Ausschaffungsinitiative und scheinbar auch der Masseneinwanderungsinitiative zeigen. Wir müssen die Frage vom Volk klären lassen, weil es sonst die Gerichte und die Verwaltung ohne das Volk machen.

Warum ist sich die SVP so sicher, dass ihre Position richtig ist?

Von 1848 bis weit in die 1990er-Jahre gab es kaum Zweifel, dass die Bundesverfassung den Staatsverträgen bzw. dem Völkerrecht vorgehe. Die Rechtswissenschaftler Ulrich Häfelin und Walter Haller äusserten sich in den 1980er-Jahren in aller Deutlichkeit: "Die Bundesverfassung, einschliesslich die ungeschriebenen Freiheitsrechte, steht in der Normenhierarchie auf einer höheren Stufe als die Staatsverträge. Ihr gebührt der Vorrang gegenüber den Staatsverträgen." Es kann also keine Rede davon sein, dass die SVP mit ihrem Initiativtext, "Extremistisches"



oder "Brandgefährliches" verlangt, wie unsere Gegner behaupten. Der Vorrang der Bundesverfassung war vielmehr bis vor wenigen Jahren für Gelehrte. Richter. Politiker und Volk eine Selbstverständlichkeit.

Was hat das mit der Umsetzung von Volksentscheiden zu tun?

Hinter diesen Grundsätzen steht die Überzeugung, dass das Volk und damit die Menschen, die von den Entscheiden betroffen sind, der beste Entscheidungsträger im Staat sind. Das Volk ist nicht unfehlbar, aber es entscheidet

«Unter Hinweis auf die Menschenrechte kann nämlich fast alles begründet werden.»

CHRISTOPH BLOCHER

mit Augenmass, sachbezogen und oft weitsichtiger als Politiker. Das wusste der Staatsrechtler Zaccaria Giacometti, als er schrieb, die Demokratie sei die beste Hüterin der Menschenrechte. Die Ansicht, dass über Volk und Ständen niemand steht, war bis vor kurzem unbestritten. Es ist nicht die SVP. welche die Rechtsordnung in der Schweiz umstürzen will. Im Gegenteil: Sie will die heimliche Umkehr, den leisen Umsturz der Rangordnung zwischen Verfassung und Völkerrecht rückgängig machen.

Kritiker sagen, die Initiative zerstöre die humanitäre Tradition der Schweiz.

Die humanitäre Haltung ist bei uns Schweizern tief verankert! Darauf dürfen wir stolz sein. Unsere Bundesverfassung garantiert die Menschenrechte. Auch bei Annahme unserer Initiative bleibt das zwingende Völkerrecht der Verfassung übergeordnet; im Initiativtext wird dies ausdrücklich gesagt. Immerhin: Auch über den konkreten Inhalt der Menschenrechte muss ohne Scheuklappen öffentlich diskutiert werden können. Unter Hinweis auf die Menschenrechte kann nämlich fast alles begründet werden. Dass der vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte betriebene Menschenrechtsschutz einige seltsame Blüten getrieben hat, anerkennen sogar unsere Gegner.

Warum greift man die SVP dann so heftig an?

Hat es je eine Initiative der SVP gegeben, für die man diese nicht angegriffen hat? Wir beobachten heute eine Tendenz, dass Richter das geltende Recht nach Gutdünken in Richtung Schwächung des Landesrechts und Stärkung des internationalen Rechts weiter entwickeln. Dies bestätigen beispielsweise der ehemalige Bundesrichter und SP-Mitglied Martin Schubarth oder der ehemalige Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, der Schweizer Luzius Wildhaber. Es ist nur möglich, weil die Verwaltung, die Regierung und sogar Parlamentarier dies dulden oder gar gutheissen. Es sind die gleichen Leute, welche die Schweiz schleichend in die EU führen wollen. Dieser Entwicklung müssen wir einen Riegel schieben.

JETZT FUSSBODENHEIZUNG ÜBERPRÜFEN LASSEN

Eine Fussbodenheizung bietet viele Vorteile. Die gleichmässig verteilte Wärme wird als angenehmer empfunden und die Vorlauftemperaturen sind tiefer. Voraussetzung ist jedoch, dass die im Boden verlegten Rohre intakt und sauber sind. Je nach Beschaffenheit der Rohre können Risse und Ablagerungen in den Rohren die Funktion der Fussbodenheizung beeinträchtigen. Eined Heizwasseranalyse der Naef GROUP schafft rasch Klarheit über den Zustand der Fussbodenheizung.

Bis etwa 1990 wurden einfache Kunststoffrohre in Fussböden verlegt. Das Problem: Nach jahrzehntelangen Temperaturschwankungen verspröden die Rohre. Durch die feinen Risse im Material dringt Sauerstoff in das Heizwasser und greift die metallischen Teile im Heizsystem an. In der Folge lagern sich Rostpartikel in den Rohren ab und die Heizleistung sinkt. Lange Zeit blieb dem Wohneigentümer in diesem Fall nichts anderes übrig, als den Fussboden aufzureissen und die Rohre zu ersetzen. Fachleute raten deshalb nach spätestens 25 Betriebsjahren zu einer Analyse. Solange die Rohre noch dicht sind, ist eine Sanierung oder Instandhaltung noch möglich. Treten Undichtigkeiten oder Leckagen auf, bleibt nur die Totalsanierung. Und die ist schmutzig, teuer und langwierig.

Sanieren statt ersetzen mit dem HAT-System

Ingenieur Werner Näf entwickelte deshalb vor rund 15 Jahren das HAT-System. Die Rohre werden getrocknet, von den Rückständen gereinigt und wenn nötig von Innen neu ausgekleidet. Es entsteht ein neuwertiges Rohr im Rohr. Die Fussbodenheizung ist bereit für viele weitere Betriebsjahre. Eine Sanierung kann rund um das Jahr stattfinden – also auch im Winter. Die Wohnungen und Büros können trotz der Arbeiten weiter genutzt werden.

Von Anfang an die richtige Lösung

Ab 1990 installierte Fussbodenheizungsrohre verfügen in der Regel über einen Metallkern. Dieser verhindert, dass Sauerstoff über die Rohrwände in das Heizwasser gelangt. Verschlammung kann aber dennoch vorkommen. Sauerstoff gelangt auch über undichte Verbindungen oder Wasser, das nachgefüllt werden muss, ins System. In solchen Fällen trocknen die Spezialisten der Naef GROUP die Rohre und befreien diese anschliessend mit einem sanften Schliff von den Verkrustungen - die Innenwände der Rohre werden mit diesem Verfahren komplett sauber und die Heizung erlangt wieder die volle Leistungsfähigkeit. Um die Anlage für den weiteren Betrieb energetisch zu optimieren, werden Chromstahlverteiler mit Durchflussmengenmessern installiert. Mit dem Einbau eines Magnetflussfilters können zudem Rostpartikel aus dem Wasser getrennt werden. So wird sichergestellt, dass die Instandhaltung der Fussbodenheizung nachhaltig ist. Von reinen Spülungen wird in Fachkreisen abgeraten, da in der Regel nicht alle Verkrustungen entfernt werden und im schlimmsten Fall zum Kollaps des Heizsystems führen.



Sorgfältige Wasseranalyse vor der Sanierung

Sanierung: So funktioniert es

Zur Reinigung der Rohre wird ein abgestimmtes Granulat mit Druckluft so durch die Rohre geblasen. Am Ende des Rohres werden das Granulat und die Rückstände abgesaugt. Anschliessend wird das flüssige Beschichtungsmaterial mit Druckluft durch das Rohrsystem geblasen. Nach 48 Stunden Trocknungszeit ist das neue Rohr im Rohr einsatzbereit.

Kaum Störungen während der Sanierung

Mit mobilen Heizgeräten beheizen wir Ihre Liegenschaft während der Dauer der Sanierung. Mit diesem Vorgehen ist eine Sanierung ganzjährig möglich. Die innovative Sanierungsmethode entspricht vollumfänglich dem Wunsch der Hausbewohner nach einer sanften Sanierung, die wesentlich kostengünstiger und sauberer ist, als ein Totalersatz. Dies weitgehend ohne eine Störung des Alltags.

Nachhaltigkeit inbegriffen

Dass diese nachhaltige Methode auch die Heizkosten wesentlich reduziert, rundet die Sanierung mit dem HAT-System ab. Überzeugen auch Sie sich und verlangen Sie eine Wasseranalyse. Wir freuen uns auf Ihren Anruf.



	Tech AG, Wolleraustrasse 41, 8807 Freienbach / 044 786 79 10
Datum	Unterschrift
Telelefon tagsüber	E∙Mail
Baujahr Ihrer Liegenschaft	
PLZ/Ort	
Strasse/Nr.	
Name/Vorname	
Ja, bitte prüfen Sie den Zustand	I meiner Fussbodenheizung zum Spezialpreis.
Spezialangebot für die Wasseranalyse Ihrer Fussbodenheizung für nur 295 Franken anstatt 395 Franken. Die Analyse beinhaltet eine Zustandsdiagnose und die Beratung über allfällige Sanierungsschritte. (Gültig bis Ende 2014)	
GROSSES RABATI-ANGEBOT "HAT-S	YSTEM – FUSSBODENHEIZUNGEN SANIEREN STATT ERSETZEN"

BESUCHEN SIE UNS VOM 13.-16. NOVEMBER AN DER BAU HOLZ ENERGIE MESSE IN BERN. HALLE 3.2, STAND E04 / ODER KONTAKTIEREN SIE UNS ÜBER DIE GRATIS-INFOLINE: 0800 48 00 48 www.naef-group.com

